

Schengen - ein Kartenhaus fällt in sich zusammen!

von lic. iur. Gregor Biffiger, Grossrat, Präsident Gewerbeverband Limmattal

In Zusammenhang mit der Abstimmung über die Abkommen Schengen/Dublin haben sich in der Schweiz in den letzten Monaten Dinge zugetragen, die **einer Demokratie nicht würdig** sind. Zuerst wurde das umfangreiche Dossier der Bilateralen Verträge II völlig überhastet durch die Eidgenössischen Räte gepeitscht. **In fast totalitärer Manier** und unter Verwendung von Mobbingmethoden wurde dann - unter dem Deckmäntelchen von Kollegialitätsprinzip, Loyalität und arbeitsrechtlicher Treuepflicht - Regierungsmitgliedern, Bundes- und Kantonspersonal wie Grenzwachtern und Kantonspolizisten bis hin zu Verbandsfunktionären ein **Schengen-Maulkorb umgehängt**. Mit missbräuchlich eingesetzten Steuermillionen und Verbandsgeldern alimentiert, ergiesst sich nun seit Monaten eine **generalstabsmässig geplante Propagandawalze** über das Land. Das macht hellhörig!

Art. 2 des Schengener Durchführungsübereinkommens legt fest: *"Die Binnengrenzen dürfen an jeder Stelle ohne Personenkontrolle überschritten werden. Den zuständigen Grenzbehörden ist es damit verwehrt, überhaupt noch Binnengrenzkontrollen vorzunehmen. Mit der Befreiung von Grenzkontrollen entfällt die Verpflichtung, aufgrund des Überschreitens der Binnengrenzen ein gültiges Grenzübertrittsdocument vorzuzeigen oder vorzulegen."* Damit ist klar, dass es bei Schengen nicht um Sicherheit sondern um die Gewährleistung der Reisefreiheit und damit um die Abschaffung der Grenzkontrollen und der Grenzen geht. In Zukunft würden also an der Landesgrenze verdachtsunabhängige Personenkontrollen verboten sein. Fühlen Sie sich mit offener Haustüre sicherer? Lässt zum Beispiel Frau Bundeskanzlerin Huber-Hotz die Türen ihres Bundeshauses West offen, um dem Logenpersonal dafür zu erlauben, auf den Korridoren des Gebäudes Schleierfahndung zu betreiben? Die **Schleierfahndung** im rückwärtigen Raum ist eine **notwendige Ergänzung zu Personenkontrollen an der Grenze**, kann diese Grenzkontrollen aber in keiner Weise ersetzen. Das Grenzwachtkorps weist derzeit jedes Jahr rund 140'000 Personen an der Grenze zurück oder übergibt sie der Polizei zur Verhaftung.

Aufgrund der Erfahrungen in Deutschland kann davon ausgegangen werden, dass uns das immer wieder als Fahndungstausendsassa gepriesene **SIS** (Schengen-Informationssystem) pro Jahr 15 zusätzliche Verhaftungen ermöglicht. Unser heutiges Grenzkontrollsystem führt zu rund 100 Verhaftungen pro Tag! Das SIS ist entgegen anderslautenden Beteuerungen **auch ohne Beitritt zu Schengen zu haben**. Denn auch die EU hat ein eminentes Interesse daran, sicherheitsrelevante Daten mit der Schweiz auszutauschen: Schweizerische Daten gegen europäische Daten und umgekehrt! Aber der Bundesrat hat anderes im Sinn: *"Indem wir die bilateralen Beziehungen zur EU intensivieren, können wir den Boden für den EU-Beitritt bereiten"* (Bundesrätin Calmy-Rey an einer Pressekonferenz vom 24.04.2003). Der **Beitritt zu Schengen treibt uns also in die EU!**

Auch das **Dubliner Abkommen gaukelt vor, die unkontrollierte Einreise von Asylbewerbern zu unterbinden**, indem Asylbewerber an jenes EU-Land zurückgeschoben werden, in dem sie erstmals registriert wurden. Es liegt auf der Hand, dass die exakte Schweiz in diesem Prozess zu den Verlierern gehören würde.

Mit Schengen müssen wir uns **über 500 Seiten fremdem EU-Recht unterstellen**. Und erstmals in der Geschichte unseres Bundesstaates müssen wir auch neues EU-Recht übernehmen, **ohne mitbestimmen** zu können. Neben der Abschaffung der Grenzkontrollen zwingt uns Schengen also fremdes Recht und fremde Richter sowie eine nachteilige, gleichgeschaltete Visa- und Asylpolitik auf. Wollen wir das wirklich allen Ernstes?

Der **Beitritt zu Schengen** hätte neben dem Sicherheitsverlust auch einen **unkontrollierten Zustrom von Illegalen** (Kriminelle, Billig- und Schwarzarbeiter mit Dumpinglöhnen) zur Folge. Die offizielle Schweiz glaubt (wenn sie es glaubt und nicht einfach zu glauben behauptet, weil sie andere Ziele verfolgt) in einer das Grotteske streifenden Naivität, dem Problem der Dumpinglohn- und Schwarzarbeit mit Kontrollen tripartiter Kommissionen beizukommen. Dabei läuft dieses Problem klammheimlich bereits heute ohne Schengen und ohne erweiterte Personenfreizügigkeit aus dem Ruder.

Die **Schweiz** hat in den letzten 20 Jahren **wettbewerbsrechtlich den Anschluss verpasst**. Schuld daran ist ein **zahnloses Wettbewerbsrecht**, das ganze Branchen verhätschelt, Preisbindungen zulässt, Parallelimporte verhindert und die Erhöhung staatlicher Gebühren ad infinitum zulässt. **Strukturbereinigungen und ein geordnetes Herunterfahren des ganzen Systems sind unausweichlich**. Geschieht dies aber **zu schnell und unkoordiniert**, ist der **volkswirtschaftliche Scherbenhaufen vorprogrammiert**. Wer glaubt, die geplanten flankierenden Massnahmen würden ausreichen, irrt gewaltig. Ohne rigorose Personenkontrollen an der Grenze und im rückwärtigen Raum ist die Einwanderung nicht in den Griff zu bekommen. **Unkontrollierte Einwanderung** aber bedeutet **mehr Kriminalität, mehr Schwarzarbeit, mehr Dumpinglohnarbeit und massiv mehr (strukturelle) Arbeitslosigkeit in der Schweiz**. Der Tag könnte nicht mehr fern sein, an dem bisher gesetzestreue Schweizer KMU-Betriebe Familienväter und -mütter in grosser Zahl entlassen müssen, weil sie ohne Dumpinglöhne und Schwarzarbeit nicht mehr konkurrenz- und überlebensfähig sind. Das verschweigt die Schengen-Propagandamaschinerie wohlweislich.